

Gäste:

Frau Viola Link Leiterin der Verbraucherzentrale Lüdenscheid
Frau Sabine Loosen Regionalleiterin Sozialwerk St. Georg
Frau Ute Gall Die Arche Lüdenscheid – Leitende Koordinatorin
Frau Marie-Luise Menke Die Arche Lüdenscheid – Geschäftsführerin Arche gGmbH

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Jens Trimpop
Frau Susanne Löffler
Herr Winfried Lütke-Dartmann
Frau Anja Weber
Herr Thomas Wamser

Schriftführung:

Frau Stephanie Messer

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl	Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Manuel Bunge	SPD
Herr Paul Stahnke	Linke Liste Lüdenscheid

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Peter Zurek	CDU
------------------	-----

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale Liste der SPD
------------------	---------------------------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Vorstellung der Arbeit der Verbraucherzentrale Lüdenscheid durch die neue Leiterin Frau Link

Die neue Leiterin der Verbraucherzentrale Lüdenscheid Frau Viola Link stellt die Arbeit und das umfangreiche Aufgabengebiet der Verbraucherzentrale vor.

Im Anschluss an die Präsentation erfolgen einige Nachfragen, die Frau Link abschließend beantwortet.

Aus technischen Gründen ist die Darstellung der Präsentation nicht möglich, daher der Verweis auf die aussagekräftige Homepage der Verbraucherzentrale Lüdenscheid unter <https://www.verbraucherzentrale.nrw/beratungsstellen/luedenscheid>.

Das Video vom Beginn des Beitrags finden Sie unter:

(<https://www.youtube.com/watch?v=kRz6lw2uwsQ>) .

3. Vorstellung des Sozialwerks St. Georg durch die Leiterin Frau Loosen

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt sich Frau Loosen vor. Sie ist die Regionalleiterin des Sozialwerks St. Georg.

Der Standort in Lüdenscheid an der Kölner Straße gehört zu einer der vier regionalen Unternehmensbereiche in Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen betreibt Angebote vom ambulanten bis hin zum stationären Bereich.

Im Anschluss an die Präsentation, die Sie im Anhang finden, erfolgen einige Nachfragen, die von Frau Loosen sofort beantwortet werden.

4. Vortrag der Arche Lüdenscheid zum Dorfgemeinschaftsmodell Gevelndorf/Dickenberg

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Gall und Frau Menke von der Arche Lüdenscheid der Einladung gefolgt.

Seit der letzten Vorstellung im Sozialausschuss hat sich das Konzept der Arche zum sogenannten Arche Care House mit den vier Säulen ambulantes Hospiz, Trauerbegleitung, Alltagsunterstützung und Akademie weiterentwickelt.

Aktuell wird auf die Ausweitung eines Dorfgemeinschafts-Konzeptes hingearbeitet.

Die Präsentation finden Sie im Anhang.

5. Quartiersarbeit für ältere Menschen Vorlage: 010/2020

Der Vorsitzende gibt das Wort an Frau Löffler, die die Beschlussvorlage nochmals inhaltlich vorstellt. Im Anschluss gibt Herr Lütke-Dartmann einen Ausblick auf die weiteren Planungen.

Aufgrund mündlicher Antragstellung der SPD Fraktion durch Frau Schulte soll der Beschlussvorschlag erweitert werden.

Folgender Satz soll hinzugefügt werden: „Sollte es mit einem Vertragspartner zu keinem Vertragsabschluss kommen, wird die Verwaltung beauftragt, einen Vertrag mit einem anderen Vertragspartner abzuschließen.“

Der Ausschussvorsitzende lässt zunächst über diesen mündlich vorgetragenen Antrag abstimmen.

Bei einer Enthaltung wird dem Antrag mit 15 Ja-Stimmen stattgegeben.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der vorstehenden Änderung abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt den Beschluss einstimmig.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DRK Stadtverband Lüdenscheid e. V. für das Quartier Brügge und der Arche Lüdenscheid gGmbH für den Ortsteil Rahmede (Gevelndorf, Oberahmede, Rathmecke-Dickenberg) die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen für die Ausführung der Quartiersarbeit für ältere Menschen vorzubereiten und mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2021 abzuschließen.

Außerdem wird die Stabsstelle Demografie und Sozialplanung beauftragt, die gemeinsame Konzeptarbeit unter Beteiligung der freien Träger fortzusetzen und dem Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie im vierten Quartal 2020 mit einem Vorschlag zu einer konkreten weiteren Vorgehensweise vorzulegen. Sollte es mit einem Vertragspartner zu keinem Vertragsabschluss kommen, wird die Verwaltung beauftragt, einen Vertrag mit einem anderen Vertragspartner abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Herr Ruschin informiert darüber, dass das LIBZ nun per Organisationsverfügung an den Fachbereich Jugend und Soziales angegliedert wurde. Die Stabsstelle wurde aufgelöst und zwei Mitarbeiterinnen dem Fachdienst Sonstige soziale Dienste und Verwaltung zugeordnet.

Im Anschluss weist Frau Weber noch auf die folgende Fachtagung hin:

Erfahrung wird Zukunft
,Weil besser immer geht'
10 Jahre AK Demografie
Mobilität, Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Integration, Ehrenamt

Sie findet am 25.04.2020 von 10.00 Uhr – 15.00 Uhr statt und ist besonders an alle Kommunalpolitiker gerichtet.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Der Ausschussvorsitzende fragt nach, ob die Anfrage von Frau Lazar aus der Sitzung vom 01.10.2019 nun beantwortet werden kann.

Herr Ruschin teilt hierzu mit, dass es mehrere gescheiterte Versuche gab, den Fachdienst zu finden, der sich hierfür zuständig fühlt. Er nimmt sich der Problematik an und klärt die Sachlage auf Fachbereichsebene. Eine Beantwortung der Anfrage erwartet er zum nächsten Sitzungstermin.

6.3. Anfragen

6.3.1. Anfrage des Ausschussvorsitzenden zum Thema Integrationspauschale

Die Anfrage des Ausschussvorsitzenden liegt als Tischvorlage vor.

Anfrage im Ausschuss Soziales, Senioren und Demografie

Der Bund stellt 2020 dem Land NRW 151 Millionen Euro als Integrationspauschale, offiziell Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke, zur Verfügung.

Wird diese Pauschale an die Kommunen weitergegeben und um welchen Betrag handelt es sich dabei für die Stadt Lüdenscheid?

Wie hoch sind die Kosten, die die Stadt Lüdenscheid für flüchtlingsbedingte Aufgaben (einschließlich der Kosten für Integration) aufwenden muss?

Und wie hoch sind die Erstattungen bzw. Zuwendungen des Landes NRW für diese Arbeit insgesamt?

*Lüdenscheid, 04. Feb. 2020
Lothar Hellwig
Vorsitzender des Ausschusses
Soziales, Senioren und Demografie*

Nach dem Verlesen gibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Trimpop weiter, der dazu wie folgt Stellung nimmt.

Die vom Bund bereitgestellte Integrationspauschale wird durch das Land NRW an die Kommunen weitergegeben. Auf die Stadt Lüdenscheid ist im Jahr 2019 ein Anteil von ca. 1.700.000,00 € entfallen.

49 % der Pauschale können gem. Bewilligungsbescheid zur Kostendeckung der geduldeten Flüchtlinge nach § 60 a (2) AufenthG nach AsylbLG verwendet werden. Dieser Personenkreis wird nicht von der Kostenerstattungspauschale gem. FlüAG erfasst. Die verbleibenden 51 % werden für Integrationsmaßnahmen im LIBZ / FD 51 sowie zur Kostendeckung von überwiegend der Personalkosten im Integrationsbereich verwendet.

Im Flüchtlingsbereich lagen die Kosten (ohne Integrationskosten) im Jahr 2019 bei 7.010.909,59 €. Der Betrag ist um 1.419.351,21 € zu bereinigen (u.a. Erstattung der Benutzungsgebühren der Übergangsheime aus den AsylbLG Leistungen). Es ergeben sich somit gesamte Aufwendungen von 5.591.558,38 €

Der Betrag der Aufwendungen setzt sich aus Leistungen nach dem AsylbLG, Personalkosten im Flüchtlingsbereich (Ohne Integration), Instandsetzungskosten der Städtischen Gebäude etc. zusammen. Zum Zeitpunkt der Kostenerhebung ist der Betrag im laufenden Betrieb des Jahres 2019 bis 30.06.2019 spitz ermittelt, ab 01.07.2019 bis 31.12.2019 qualifiziert hochgerechnet worden.

Für Flüchtlinge im laufenden Asylverfahren erhält die Stadt Lüdenscheid eine monatliche Kostenpauschale von 866,00 € p.P. nach dem FlüAG. Die gesamte Erstattung für das Jahr 2019 lag bei 2.177.124,00 €.

Nachtrag für das Protokoll:

Herr Trimpop erläutert des Weiteren, dass es sich seiner Kenntnis entzieht, ob die Pauschale aus 2020 an die Kommunen weitergegeben wird. Eine Entscheidung hierzu sei noch nicht getroffen.

gez. Hellwig
Vorsitzender

gez. Messer
Schriftführerin